

Der Kampf gegen hybride Bedrohungen – Chancen und Grenzen zwischenstaatlicher Kooperation

Hybride Bedrohungen zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Ausmaß schwer zu erfassen ist. Das stellt Regierungen vor große Herausforderungen. Die Bekämpfung hybrider Bedrohungen muss staatliche und nicht-staatliche Akteure im Blick haben. Dabei hängt die Glaubwürdigkeit von demokratischen Regierungen davon ab, nicht selbst von den Wirkungen hybrider Bedrohungen profitieren zu wollen. Vielmehr müssen Demokratien sich gegenseitig für hybride Bedrohungen sensibilisieren, um diesen gemeinsam begegnen zu können.

Hybride Bedrohungen – zur Definition eines schwer fassbaren Begriffes

„Hybride Kriegführung“ ist ein Begriff, der in den sicherheitspolitischen Analysen der Gegenwart Hochkonjunktur hat. Der Begriff selbst ist erstmals im Jahr 2005 von dem US-amerikanischen Militäranalyst und Politikwissenschaftler Frank G. Hoffmann verwendet worden.¹ Eine klare Definition gibt es nicht. Unter dem Begriff werden sowohl Truppenbewegungen oder öffentlichkeitswirksame Militärmanöver an der Grenze eines Nachbarstaates, Luftraumverletzungen, mediale Desinformationskampagnen und Cyberattacken als auch politisch motivierte wirtschaftliche Investitionen oder die Finanzierung von Moscheen zu politischen Zwecken verstanden. Ob alle genannten Beispiele tatsächlich als hybride Bedrohungen zu verstehen sind oder ob es sich nicht teilweise auch um schlichte Einschüchterungsversuche handelt, sei dahingestellt. Gemein ist allen Beispielen, dass sie auf unmittelbare militärische Angriffe verzichten, aber gezielt einen Gegner politisch, wirtschaftlich und psychologisch schwächen sollen.

Dem Begriff näher zu kommen und seine Bedeutung für zwischenstaatliche Kooperation fassen zu können, setzt voraus, neben staatlichen auch nicht-

staatliche Akteure als Urheber hybrider Bedrohungen zu erfassen. Diese Abgrenzung erscheint deshalb so wichtig, weil sich daraus ableiten lässt, was hybride Bedrohungen auszeichnet. Sie zielen darauf ab, den Zusammenhalt einer Gesellschaft zu zerstören und sie sind in ihrem Ausmaß für eine Regierung schwer einschätzbar. Der islamistische Terrorismus zeigt das sehr deutlich. Angenommen, ein Islamist beschließt mit einem Auto in eine Menschengruppe zu fahren und so viele Passanten wie möglich zu töten oder zu verletzen. Er wird damit eine hohe mediale Aufmerksamkeit erfahren. Die Tat führt in weiten Teilen der Bevölkerung zu Entsetzen und Unverständnis. Sie führt bei vielen Menschen über eine gewisse Zeit zu Verunsicherung, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen. Sie führt zu Verdächtigungen bis hin zu Schuldzuweisungen gegenüber muslimischen Gläubigen, auch wenn sich diese nicht mit Islamisten identifizieren. Die Tat wirft außerdem eine Menge Fragen auf. Plante der Täter die Tat allein oder in einer Gruppe? Gehörte der Täter einer islamistischen Organisation an? Radikalisierte sich der Täter innerhalb weniger Stunden oder über Jahre?

Das allgemein beschriebene Beispiel belegt, was hybride Bedrohungen eigentlich sind. Es gibt einen Urheber beziehungsweise eine Idee, die jemanden zu einer Tat, einer Überzeugung oder Handlung führt, ohne dass derjenige mit dem Urheber in unmittelbarem Kontakt stehen musste. Darin liegt die Begründung, warum es für eine Regierung so schwer ist, hybride Bedrohungen zu fassen und zu bekämpfen. Allerdings können auch Staaten beziehungsweise Regierungen selbst Urheber hybrider Bedrohungen sein.

Staaten und hybride Bedrohungen

Zunächst wird der Frage nachgegangen, was hybride Bedrohungen für die

Sicherheit von Staaten bedeuten. Der Neorealismus nimmt zwischen Staaten ein Sicherheitsdilemma an, weil sie mit ständiger wechselseitiger Unsicherheit über die Absichten anderer Staaten konfrontiert sind.² Um diesem Sicherheitsdilemma entgegenzuwirken streben Staaten nach Macht, sie rüsten auf oder bilden Allianzen wie zum Beispiel die NATO. Vertrauensbildend wirkt sich zudem eine vergleichbare innere Verfasstheit aus, wie die Theorien vom demokratischen Frieden belegen.³ Auf hybride Bedrohungen geben diese Maßnahmen keine Antwort. Das Sicherheitsdilemma verlagert sich von der Staatsgrenze in die Gesellschaften hinein.

Deshalb setzen hybride Bedrohungen eine Verletzbarkeit von Gesellschaften voraus. Pluralistische Gesellschaften in demokratischen Staaten scheinen anfälliger dafür zu sein als autokratisch regierte Gesellschaften. Diktaturen üben Kontrolle über ihre Gesellschaften aus. Demokratische Staaten können und wollen diese Kontrolle nicht ausüben. Politische Entscheidungen führen zu Enttäuschungen, zu Gewinnern und Verlierern beziehungsweise zu Bürgern, die sich als Verlierer empfinden. In Demokratien wird das offen kommuniziert. Urheber hybrider Bedrohungen haben es leichter, diese Stimmungen aufzugreifen und sie bewusst bis zur Radikalisierung zu verstärken.

Hybride Bedrohungen in der Geschichte

Der Begriff der „hybriden Kriegführung“ ist seit Russlands Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und der russischen Unterstützung separatistischer Bewegungen in der Ostukraine prominent geworden. Hybride Bedrohungen sind aber keineswegs neu. Schon der chinesische General und Philosoph Sunzi – er lebte vor etwa 2500 Jahren – lehrte in seiner Strategielehre, den Gegner nach Möglichkeit ohne Kampf und Gewalt zu besiegen.⁴ Auch heute

orientiert sich China an dieser Strategie. Keineswegs ist der Einsatz von Methoden, die zu hybriden Bedrohungen führen, friedlich. Allerdings ist der Versuch, andere Staaten zu schwächen, indem man in ihren Gesellschaften um Sympathien für eigene Ziele wirbt, wesentlich effektiver als kostspielige und opferreiche Eroberungskriege mit hohen Wiederaufbaukosten.

Während des Ost-West-Konfliktes haben sowohl die USA als auch die Sowjetunion außerhalb ihrer eigenen Einflusszonen nichtstaatliche Kräfte, beispielsweise Aufständische, gegen andere Regierungen unterstützt. Ein anschauliches Beispiel ist Afghanistan. Nachdem die sowjetische Armee im Jahr 1979 in Afghanistan einmarschierte, um die kommunistische Regierung gegen die aufständischen Mudschahedin zu unterstützen, wurden letztere von den USA finanziert. Dabei wird noch einmal das Charakteristikum hybrider Bedrohungen deutlich. Ein Kampf zwischen zwei Parteien wird durch eine am Konflikt beteiligte dritte Partei zur Durchsetzung ihrer Interessen beeinflusst.

Neu an hybriden Bedrohungen ist lediglich die Geschwindigkeit, mit der sie gefördert werden können. Eine globalisierte Wirtschaft schafft höhere Abhängigkeiten. Durch die Digitalisierung werden Gesellschaften verletzlich, denn mit sozialen Netzwerken sind hybride Bedrohungen leichter und billiger zu fördern. Falschmeldungen können Gesellschaften schnell erschüttern. Anonyme Trolle und künstliche Intelligenz erlauben es, extreme Positionen kleiner Minderheiten als gesellschaftlich akzeptiert darzustellen. Im Folgenden werden zwei Beispiele hybrider Bedrohungen der Gegenwart analysiert: Russlands Intervention in der Ukraine und das Vorgehen des sogenannten „Islamischen Staates“⁵

Der Russland-Ukraine-Konflikt

Der ehemalige Chef des russischen Generalstabs, Waleri Gerassimow, hielt Anfang des Jahres 2013 einen Vortrag zur „nicht-linearen Kriegführung“⁶. Demnach steige die Bedeutung nicht-militärischer Mittel in der Sicherheitspolitik. Die Maßnahmen müssten vielmehr mit dem Protestpoten-

zial der Zielländer in Verbindung gebracht werden. Die Ukraine nannte Gerassimow in seinem Vortrag namentlich nicht. Dennoch scheint es, als ob seine Ausführungen eine Vorlage für Russlands Vorgehen in der Ukraine ein Jahr später waren. Die Ukraine verhandelte ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Überraschend kündigte der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch an, das Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnen zu wollen. Die Ankündigung führte zu einer Protestbewegung in der Ukraine gegen die Politik Janukowitschs und der Staatsführung, die teilweise gewaltsam niedergeschlagen wurde. Unter Vermittlung Deutschlands und Polens unterzeichnete Janukowitsch im Februar 2014 eine Vereinbarung mit der Opposition zur Bildung einer Übergangsregierung und baldigen Präsidentschaftswahlen. Wenige Tage später floh Janukowitsch. Das ukrainische Parlament erklärte in der Folge den Präsidenten für abgesetzt.

In der russischen Interpretation wurde dieses Vorgehen als Staatsstreich betrachtet. Finanziert durch den Westen habe in Kiew ein „faschistischer Putsch“ stattgefunden.⁷ Die Absetzung von Präsident Janukowitsch sei illegal, da sie rechtlich nicht begründet sei. In der Tat sah die ukrainische Verfassung nicht vor, dass ein Präsident durch das Parlament abgewählt werden könnte. Andererseits hatte das ukrainische Parlament keine andere Wahl, weil Janukowitsch letztlich floh und sich demzufolge seinen Amtspflichten entzog.

Im Zusammenspiel dieser Ereignisse folgte die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim. Die Krim gehörte innerhalb der Sowjetunion bis 1958 zu Russland. Im Zuge einer Verwaltungsreform wurde entschieden, die Krim der Ukraine zuzuordnen, weil von dort ein unmittelbarer Zugang zur Halbinsel möglich ist. Spätere Konsequenzen blieben unbedacht, weil niemand von einem Zerfall der Sowjetunion ausging. Die Krim war für Russland strategisch von großer Bedeutung. In Sewastopol befand sich der einzige eisfreie Hafen Russlands und der Zugang zum Schwarzen Meer sicherte zudem den Zugang zum Mittelmeer.

Die Ukraine war das erste Land, das sich 1991 von der Sowjetunion löste. Bei einem Unabhängigkeitsreferendum sprachen sich 54 Prozent der Krim-Bewohner für die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion und folglich auch für ihre Zugehörigkeit zu einem eigenständigen ukrainischen Staat aus. Die Aufteilung der auf der Krim stationierten Schwarzmeerflotte wurde 1993 zwischen Russland und der Ukraine vertraglich geregelt. 1994 verzichtete die Ukraine im Budapester Memorandum auf die auf ihrem Territorium stationierten Atomraketen und überführte das Nuklearwaffenarsenal nach Russland. Im Gegenzug verpflichtete sich Russland mit anderen Vertragspartnern, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu respektieren.

Etwa 60 Prozent der rund 2,3 Millionen Menschen, die auf der Krim leben, betrachten sich ethnisch gesehen als Russen.⁸ Mit der Absetzung von Präsident Janukowitsch durch das ukrainische Parlament und die proeuropäischen Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan fürchtete die russische Regierung um ihren Einfluss auf die Ukraine. Zudem hatte sich Russland mit dem Verlust der Krim nie abgefunden. Immer wieder war nach der Auflösung der Sowjetunion in Moskau zu hören, die Krim gehöre zu Russland. Als Beginn des Russland-Ukraine-Konfliktes wird gelegentlich das Jahr 2003 betrachtet, als Russland versuchte, eine Brücke vom russischen Festland über die Meerenge von Kertsch zur Krim zu bauen.⁹ Später nahm Russland von diesem Vorhaben wieder Abstand.

Die Existenz einer eigenständigen ukrainischen Nation wird in Russland jedoch bis heute gern bestritten. Russland betrachtet die Ukraine als sein Kernland. Historisch wird der Kiewer Rus – ein Großreich, das seine Blütezeit im 10. und 11. Jahrhundert hatte – gern als Vorläuferstaat des heutigen Russlands angesehen. Die russische Regierung fürchtet einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO, weil sich das Land damit endgültig dem russischen Einfluss entziehen würde. Diese Furcht flammte mit der Maidanbewegung und der Absetzung Janukowitschs wieder auf. Mit russischer Agitation entstand auf der

Krim eine separatistische Bewegung, die das Regionalparlament besetzte, eine eigene Regierung ausrief und einen Termin für ein Referendum festlegte, um über die Zugehörigkeit der Krim zu Russland abzustimmen. Am 16. März 2014 stimmten nach offiziellen russischen Angaben bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent fast 97 Prozent der Befragten für den Anschluss der Krim an Russland. Anderen Beobachtern zufolge waren sowohl die Beteiligung als auch die Zustimmung zum Anschluss an Russland weitaus niedriger. Das Ergebnis des Referendums gilt als gefälscht, neutrale internationale Beobachter waren nicht zugelassen.

Separatistische Bestrebungen gab es auch im östlichen Teil der Ukraine. In Donezk und Luhansk riefen Rebellen eigenständige Volksrepubliken aus. Eine völkerrechtliche Anerkennung dieser Republiken ist nie erfolgt, auch nicht von russischer Seite. In dieser Region der Ukraine lösten die separatistischen Bewegungen jedoch einen Krieg aus, der bis heute Tausende Menschen das Leben gekostet hat. Je weiter die separatistische Bewegung versuchte nach Westen vorzudringen, umso größer wurde der ukrainische Widerstand. Historisch begründet haben die Menschen im Osten der Ukraine engere Bindungen an Russland. Je weiter man sich in der Ukraine westwärts bewegt, umso mehr sind die Menschen europäisch orientiert.

Die russische Annexion der Krim ist international nicht anerkannt worden. Sie stellt einen schweren Bruch des Völkerrechts dar, weil die Ukraine in ihrer territorialen Integrität verletzt wurde. Russland selbst begründet sein Handeln mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Allerdings darf dieses Selbstbestimmungsrecht nicht mit einer gewaltsamen Grenzverschiebung durchgesetzt werden.

Unter Moderation Deutschlands und Frankreichs einigten sich Russland und die Ukraine auf das Minsker Abkommen. Das Abkommen definiert die Voraussetzungen für eine Lösung des Konfliktes um Donezk und Luhansk, unter anderem den Abzug schwerer Waffen, den Austausch von Gefangenen, eine Dezentralisierungs-

form und freie Wahlen nach ukrainischem Recht. Während die ukrainische Regierung diese Bedingungen als weitgehend nicht erfüllt ansieht, zieht sich Russland auf die Position zurück, dass die Separatisten in der Pflicht seien, weil Moskau an diesem Konflikt nicht beteiligt sei.

Russlands „hybrides Vorgehen“ in der Ukraine und gegen den Westen

Russlands Aktivitäten in der Ukraine lassen mehrere Methoden hybrider Kriegführung erkennen. Zugleich werden die Voraussetzungen deutlich, unter denen diese Methoden wirken. Wie wahrscheinlich ist es, dass ein Land in vier Wochen ein Territorium annektiert und ohne schwere gewaltsame Auseinandersetzungen dessen Verwaltung übernimmt? Vorsichtig gesagt liegt die Vermutung nahe, dass Russland diesen Schritt über einen längeren Zeitraum geplant und lediglich auf den richtigen Zeitpunkt gewartet hat.

Bei der Annexion der Krim wurde oft von sogenannten „kleinen grünen Männchen“ berichtet.¹⁰ Gemeint ist das „stille Einsickern“ von uniformierten Kräften ohne Hoheitsabzeichen, die ihr Handeln auf den zivilen Bereich ausweiten. Gleiches gilt für Russlands Vorgehen im Osten der Ukraine. Dabei werden Waffen und Geld zur Verfügung gestellt, aber auch humanitäre Güter, die Russland als „Retter in der Not“ erscheinen lassen.

Eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen solcher Operationen ist aber auch, dass zumindest Teile der Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit Russland sympathisieren. Was offiziell als Schutzmaßnahme im „nahen Ausland“ lebender Russen vor einem als „faschistischen Putsch“ definierten Regierungswechsel dargestellt wird, dient vor allem größeren geostrategischen Zwecken. Eine Zersetzung der Staatsstrukturen, ein ungeklärter Territorialkonflikt, erschweren es der Ukraine erheblich, Schutz in einer transatlantischen Allianz und den Beitrittsstatus zur Europäischen Union zu erhalten.

Hybride Bedrohungen gewinnen neue Möglichkeiten, indem auch der Cyberraum

genutzt wird. Troll-Fabriken verbreiten Gerüchte und Fake-Nachrichten im Internet. Auf ukrainische Telefon- und Internetdienste werden Angriffe unternommen. Längst hat der hybride Krieg Russlands auch Europa erreicht. Die EU hat Sanktionen gegen die Annexion der Krim und gegen Russlands Vorgehen in der Ostukraine erlassen. Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, ist eine wichtige Protagonistin dieser Sanktionen.

Die Regierungen in der Europäischen Union haben sich bisher stets auf die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland geeinigt. Diese Einheit ist jedoch brüchig, da längst auch einige Regierungen erkennen, dass die eingeschränkten Handelsbeziehungen mit Russland ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen entgegenstehen. Auch in den Gesellschaften vieler EU-Staaten gibt es geteilte Auffassungen. Das Stereotyp von der Ukraine als Staat ohne historische Existenzberechtigung und ohne eigene Nationenbildung verfangt besonders in rechts- wie linksextremistischen Kreisen. Gegner des europäischen Integrationsprozesses werfen der EU vor, sie selbst habe Russland zu einem aggressiven Außenverhalten gedrängt, weil sie sich in russische Angelegenheiten einmische und mit der NATO zusammen Russland isoliere. Die russische Regierung kooperiert gern mit ultrarechten Parteien innerhalb der EU. Erst kürzlich empfing Russlands Außenminister Sergej Lawrow eine Delegation der AfD in Moskau. Dabei dürfte sich die russische Regierung bewusst sein, dass auch diese Medaille zwei Seiten hat. Einerseits erwartet sie von der AfD einen prorussischen Fürsprecher, andererseits entgeht ihr nicht das verarmende Verständnis der deutschen Rechten von der eigenen deutschen Geschichte.

Um jedoch die westlichen Demokratien, ihre Regierungen und ihre multilateralen Ansätze zu diskreditieren, sind Anti-System-Parteien von links wie von rechts ein nützliches Instrument. Sie sind ein Spielball der politischen Einflussnahme, die es Russland erlauben, Sympathien in Teilen der westlichen Bevölkerung für russische Interessen zu gewinnen. Die Troll-Fabriken mischen in Wahlkämpfen

mit und streuen Gerüchte, beispielsweise über die angebliche Homosexualität von Emmanuel Macron im französischen Präsidentschaftswahlkampf.

Sicher hat auch der Westen Fehler im Umgang mit Russland nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gemacht. Die Aufarbeitung eines verlorenen Imperiums ist ein Ballast, den die russische Seele nicht einfach abwerfen kann. Die Konferenzen von Jalta und Potsdam haben Europa in Einflussphären geteilt. Russland hat mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Erweiterung von EU und NATO nach Osten seine Einflussphäre verloren und damit auch die Möglichkeit, über eine Gleichgewichtspolitik dem Westen auf Augenhöhe zu begegnen. Ein wesentlicher Grund für den Integrationsprozess in der EU und der NATO ist aber nicht die Gleichgewichtspolitik, sondern die Erkenntnis, dass in einer immer stärker vernetzten Welt kein Staat seine Probleme allein lösen kann.

Der sogenannte „Islamische Staat“

Islamisten arbeiten, wie eingangs erwähnt, ebenfalls mit hybriden Bedrohungen. Die von Al Qaida durchgeführten und von Osama bin Laden initiierten Anschläge in New York und Washington wurden über zwei Jahre in Afghanistan geplant. Sie kosteten mehr als 3000 Menschen das Leben und verursachten einen globalen wirtschaftlichen Schaden von etwa 500 Billionen Dollar. Die Anschläge führten zum ersten Bündnisfall der NATO in der Geschichte des Bündnisses. Auch Russland erteilte im UN-Sicherheitsrat seine Zustimmung, dass die USA das Recht auf Selbstverteidigung hätten. Die Folge war eine militärische Intervention des Westens in Afghanistan, die den Sturz des Taliban-Regimes zur Folge hatte. Al Qaida hatte als islamistische Terrororganisation von den Taliban ein Gastrecht auf afghanischem Territorium zugesprochen bekommen. Mit dem Krieg gegen die Taliban musste Al Qaida auf andere Territorien ausweichen. Auch wenn Al Qaida noch mehrere Anschläge größeren Ausmaßes verübte, so war die Organisation für den im Versteck lebenden Osama bin Laden schwer zentral zu führen.

Die Islamisten gewannen die Überzeugung, dass Anschläge nicht nur auf Großinfrastrukturen, sondern auch durch andere Methoden ergänzt werden mussten. Sie entwickelten die sogenannte „Strategie der 1000 Stiche“¹¹, die später auch vom sogenannten „Islamischen Staat“ weiterentwickelt wurde. Mit dieser Strategie wurde auf kleinere Anschläge gesetzt, die in den westlichen Gesellschaften zu Verunsicherung führen und die politische Debatte zudem polarisieren.

Die USA entschieden im Jahr 2003 unter dem Vorwand, der irakische Präsident Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, im Irak einzumarschieren und den Präsidenten zu stürzen. Die Iraker nahmen die Amerikaner aber entgegen ihrer Hoffnung weitgehend nicht als Befreier von einem grausamen Diktator, sondern als Besatzer war. Zudem machten die USA den Fehler, die irakische Armee zu entlassen. Tausende wehrfähige Männer mit Waffen waren folglich arbeitslos. Sie radikalisierten sich und waren Teil des Erfolges, den der „Islamische Staat“ später hatte. In Teilen des Iraks und Syriens etablierte die Terrororganisation einen de-facto-Staat in Form eines Kalifats, der aber niemals offizielle Anerkennung fand.

Innerhalb des Islams gibt es Auseinandersetzungen darüber, wie der muslimische Glaube richtig gelebt werden könne. Der gegenwärtige islamistische Terrorismus ist Folge einer Krise des sunnitischen Islams. Teile der Sunniten streben nach einem Gottesstaat, der dem aus ihrer Sicht wahren Islam zum Sieg verhelfen und einem gegenüber der arabischen Welt als respektlos und in sich moralisch verkommenen Westen bekämpfen soll.

Hybride Bedrohungen durch den „Islamischen Staat“

Das Kalifat zog zahlreiche Kämpfer aus aller Welt an. Insbesondere über das Internet wurden Sympathisanten angeworben, auch Menschen, die mit dem Islam bisher nicht in Berührung gekommen sind. Die Dschihadisten übersetzten ihre Botschaften in verschiedene Sprachen und nutzten digitale Verbreitungswege, um Menschen

damit anzusprechen. Zum einen dienten die Verbreitungswege, radikalisierte Muslime anzuwerben, zum anderen sollten auch orientierungslose beziehungsweise gesellschaftskritische Menschen in den westlichen Gesellschaften geworben werden.

Die Bedrohung für andere Staaten liegt darin, dass es sich ihrer Kontrolle entzieht, wer sich von dieser Strategie angesprochen fühlt. Auch hier setzt der Erfolg hybrider Bedrohungen Sympathien in Teilen der Bevölkerung voraus. Dabei geht es nicht allein um Kämpfer, die im „Islamischen Staat“ ausgebildet werden, sondern auch um jene, die bereit sind, mit den Islamisten zu sympathisieren und terroristische Anschläge zu verüben. Kleinere, aber öffentlichkeitswirksame Anschläge durch Einzelpersonen oder kleine Gruppen sind Bestandteil der Strategie, die die IS-Kämpfer bis heute anwenden, auch wenn der „Islamische Staat“ als de-facto-Staat nicht mehr existiert. Wenn dem „Islamischen Staat“ diese Anschläge zusagen, bekennt er sich dazu, auch wenn der Attentäter vorher keinen Kontakt zum IS hatte. Dabei ist das Entsetzen der Öffentlichkeit, die Sorge westlicher Gesellschaften vor muslimischer Überfremdung, die folgenden Diskussionen um Gefährder und Abschiebungen ebenso kalkulierter Teil der Strategie, weil sie die westlichen Gesellschaften auf der einen Seite und die muslimische Welt auf der anderen Seite weiter radikalisieren.

Chancen und Grenzen internationaler Kooperation gegen hybride Bedrohungen

Selbstverständlich lassen sich noch andere Beispiele hybrider Bedrohungen weltweit belegen und analysieren. Die beiden Beispiele wurden deshalb isoliert und umfänglich dargestellt, weil sie zwei unterschiedliche Dimensionen von Methoden hybrider Bedrohungen repräsentieren: Im Falle Russlands agiert ein staatlicher Akteur, der sich als Urheber der Bedrohung verleugnet. Im Falle des sogenannten „Islamischen Staates“ agiert ein nicht-staatlicher Akteur, der sich zu hybriden Methoden selbst dann bekennt, wenn er nicht Urheber ist.

Um die Chancen und Grenzen internationaler Kooperation zu erörtern, stellt sich mehr denn je die Frage, was hybride Bedrohungen sind. Sie sind gekennzeichnet dadurch, dass Aktionen verdeckt und unangekündigt erfolgen und deshalb ihr Ausmaß nicht abschätzbar ist. Zumindest das haben plötzlich agierende islamistische Attentäter, in ein Gebiet einsickernde Uniformierte ohne Hoheitsabzeichen, Troll-Fabriken oder verdeckte Finanzierungen gemeinsam.

Hybride Bedrohungen sind geeignet, die liberale Ordnung des Westens zu gefährden. Deshalb werden sie eingesetzt. Demokratische Gesellschaften lassen Pluralismus zu. Sie sind daher leichter zu spalten, weil sie durch Meinungsvielfalt Widersprüche offener kommunizieren. Glaubwürdigkeit ist der entscheidende Faktor, der demokratische Institutionen vor hybriden Bedrohungen schützt. Glaubwürdigkeit ist aber der Faktor, der durch hybride Bedrohungen gern unterwandert wird.

Die glaubwürdige Bekämpfung hybrider Bedrohungen setzt jedoch voraus, dass man nicht selbst von ihnen profitiert. Ein Beispiel dafür ist die Einmischung Russlands in den US-Präsidentenwahlkampf 2016. Russlands Interesse lag vor allem darin, Hillary Clinton zu verhindern. Der Wahlsieger, Donald Trump, wiederum wollte einen „Deal“ mit Russland und spekulierte zeitweise auch über die völkerrechtliche Anerkennung der Krim-Annexion. Das Interesse Trumps an einer Aufarbeitung des russischen Vorgehens war entsprechend oberflächlich.

Die NATO und die EU haben Strategien entwickelt, wie sie hybride Bedrohungen abwehren wollen. So schuf die transatlantische Allianz 2017 das European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats. In Riga haben sechs NATO-Staaten ein Zentrum für Strategische Kommunikation gegründet, um Desinformation und Propaganda entgegenzutreten.

Gemeinsame Institutionen sind geeignet, hybride Bedrohungen offenzulegen und ihnen zu begegnen. Allerdings gibt es in

Europa unterschiedliche Perzeptionen hybrider Bedrohungen. Das Weißbuch der Bundeswehr in Deutschland konzentriert sich dabei vor allem auf Russland.¹² Damit stimmt Deutschland mit den Wahrnehmungen Polens und der Baltischen Staaten überein. In den südlichen Ländern der EU, in Italien, Griechenland und Spanien werden vor allem aus den arabischen Ländern einwandernde Islamisten als hybride Bedrohung verstanden. Wenn kein Land seine Probleme allein lösen kann, wäre es wichtig, sich gegenseitig für die jeweiligen Wahrnehmungen von Bedrohungen zu sensibilisieren.

Jan Menzer ist AIES Associate Fellow.

Endnotes

- 1) zit. in: Ueli Zoss, Das Reduit hat in der modernen Kriegsführung ausgedient, Zürichsee-Zeitung Bezirk Meilen, 2. April 2015, https://web.archive.org/web/20180207122246/http://www.ogzru.ch/download/artikel_zsz_02.04.2015.pdf (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)
- 2) Der Begriff des Sicherheitsdilemmas geht auf den Politikwissenschaftler John H. Herz zurück (1908-2005). Siehe: Menzel, Ulrich, Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, edition suhrkamp, 2224, Frankfurt am Main, 2001, S. 17 f.
- 3) Harald Müller, Der „demokratische Frieden“ und seine außenpolitischen Konsequenzen, aus Politik und Zeitgeschehen, Apuz 43/2008, <https://www.bpb.de/apuz/30908/der-demokratische-frieden-und-seine-aussenpolitischen-konsequenzen> (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)
- 4) Vgl.: Sun Tsu (Sunzi), Wahrhaft siegt, wer nicht kämpft. Die Kunst des Krieges, München 2001
- 5) Dem Autor ist wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass ein Vergleich hybrider Bedrohungen durch Russland und den „Islamischen Staat“ keine Gleichsetzung beider Akteure bedeutet.
- 6) zit. in: Thom <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/putin-hat-invasion-der-ukraine-seit-2013-geplant-13139313.html> Gutschker, Putins Schlachtplan, Frankfurter Allgemeine, aktualisiert am 7. September 2014, (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)
- 7) Cyrill Stieger, Die Mär vom Faschismus in Kiew, Neue Zürcher Zeitung, 13. März 2014, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/putin-hat-invasion-der-ukraine-seit-2013-geplant-13139313.html> (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)
- 8) Ukrainische Volkszählung im Jahr 2001, zit. in: Winfried Jilge, Geschichtspolitik statt Völkerrecht. Anmerkungen zur historischen Legitimation der Krim-Annexion in Russland, in: Russland-Analysen, Nr. 291, 27. Februar 2015, <https://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen291.pdf> (zuletzt geöffnet: 24. Januar 2021)
- 9) Heidelberger Konfliktbarometer 2020, S. 50, https://hiik.de/wp-content/uploads/2020/08/ConflictBarometer_2019_4.pdf (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)

10) vgl.: Kleine grüne Männchen, ein Hybridkrieg und die Probleme der NATO, in: Die Welt, 25. Juni 2014, https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article129465219/Kleine-gruene-Maennchen-ein-Hybridkrieg-und-die-Probleme-der-Nato.html (zuletzt geöffnet: 16. Dezember 2020)

11) Daveed Gartenstein-Ross, Death by a Thousand Cuts, Foreign Policy, 23. November 2010, <https://foreignpolicy.com/2010/11/23/death-by-a-thousand-cuts-2/> (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)

12) Weißbuch 2016, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, <https://www.bmvg.de/de/themen/weissbuch> (zuletzt geöffnet: 15. Dezember 2020)



© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2021

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autor:innen wieder.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau
Tel. +43 (1) 3583080
E-Mail: office@aies.at
Website: www.aies.at

Layout: Medienbüro Meyer